

Beschluss kippen?

UWG Meckenheim beantragt Rücknahme der Grundsteuer-Erhöhung – Petition steuert auf Erfolg zu

VON JACQUELINE RASCH

Meckenheim. 2312 Bürger haben seit dem Starttag 9. August die von Natalie Milke gestartete Petition „Gegen die Anhebung der Grundsteuer“ in Meckenheim unterschrieben – Stand Mittwochnachmittag. Ziel sind 2500. Die Zahl zeigt, wie heftig das Thema in der Stadt diskutiert wird. Die UWG Meckenheim hat jetzt die Rücknahme des Ratsbeschlusses zur weiteren Erhöhung der Grundsteuer B auf den Rekordwert von 895 Prozentpunkte im Jahr 2024 gefordert.

Diesen Beschlussentwurf möchte die Wählergruppe in der anstehenden Ratssitzung Anfang September zur Abstimmung stellen. Ihre Begründung: „Hunderte Bürgerinnen und Bürger der Stadt Meckenheim haben mit Unverständnis, Enttäuschung und unverhohlenen Groll auf die von CDU, Grünen und FDP beschlossene, drastische und in dieser Größenordnung nie dagewesene Erhöhung der Grundsteuer B reagiert.“ Die rückwirkende finanzielle Belastung durch die auf den historischen Höchststand von 850 Prozentpunkten gebrachte Grundsteuer B bringe viele Bürgerinnen und Bürger an den Rand des finanziell Machbaren oder sogar darüber hinaus. Dabei spanne sich der Bogen „von der jungen

Familie im neuen Eigenheim oder in der gerade aufgrund von Familiennachwuchs bezogenen größeren Wohnung bis zu den Seniorinnen und Senioren mit kleinen Renten im über viele Jahre mühsam abbezahlten Häuschen im Grünen“. Drastisch gestiegene Energiekosten und eine hohe Inflation würden die finanzielle Situation aller Mitbürgerinnen und Mitbürger schon seit langer Zeit zusätzlich belasten. Nach Auffassung der UWG „definiert sich das in der Eidesformel für die Mitglieder des Rates enthaltene ‚Wohl der Stadt Meckenheim‘ nicht prioritär über einen um jeden Preis zu erreichenden finanziellen Ausgleich des städtischen Haushaltes“. Vielmehr sei es vorrangige Aufgabe der Politik, den Bürgern ein soziales Umfeld zu schaffen, in dem diese nicht nur „gerne im Grünen leben und arbeiten“, sondern sich dies auch leisten können.

Keinen Sparwillen in der Verwaltung selbst erkannt

UWG, SPD und die Bürger für Meckenheim hatten dem Haushaltsentwurf der Stadt Meckenheim 2023/2024 im Stadtrat nicht zugestimmt. „Nach intensiven Beratungen und Sparvorschlägen in den Ausschüssen blieb uns keine andere Wahl“, unterstreicht Roland Nestler,

Pressesprecher der BfM-Fraktion. Man habe nicht erkennen können, „dass in der Verwaltung die Bereitschaft besteht, auch dort Geld oder Dienstposten einzusparen“. Das Gegenteil sei der Fall. Obwohl viele Tätigkeiten outgesourct wurden und die EDV Arbeitserleichterungen gebracht habe, liegt die aktuelle Zielgröße bei mehr als 300 Stellen – 2007 waren es 187.

Der eingebrachte Haushalt weist ein hohes Millionen-Defizit auf. Auch die Gemeindeprüfungsanstalt sei zu dem Fazit gekommen: „Meckenheim hat kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem.“ Die BfM hat doppelseitige Flyer zu diesem Thema an die Haushalte in Meckenheim verteilt. Die eine Seite zeigt die Meinung der BfM, die andere Seite den Standpunkt der SPD zur Grundsteuererhöhung. „Unser Ziel war und ist, mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen. Aufgrund der hohen Resonanz stellen wir fest, dass das Thema Erhöhung der Grundsteuer B rückwirkend zum 1. Januar 2023 von 571 Prozentpunkten auf 895 in 2024 bei den Bürgern für große Irritationen sorgt“, schreibt Roland Nestler. Aus Sicht der BfM müssten Ausgaben reduziert und gleichzeitig weitere Einnahmequellen generiert werden – beispielsweise im Unternehmerpark Kottenforst.